Zeichen der Schwäche

Außenpolitik Obwohl Präsident Erdogan hart gegen seine Gegner vorgeht, will Kanzlerin Merkel die Beziehungen zur Türkei nicht gefährden. Sie denkt an den Flüchtlingsdeal mit Ankara.

Die Kanzlerin gefiel sich einmal mehr in ihrer Lieblingsrolle: als Mahnerin für Ruhe und Besonnenheit. Es gebe in der Türkei nach dem Militärputsch und dem harten Vorgehen gegen die Opposition „besorgniserregende Entwicklungen", sagte Angela Merkel, nachdem sie zuvor mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan telefoniert hatte.

Zugleich sei es aber verständlich, dass die Regierung gegen die Rebellen vorgehe. Die Türkei habe bei der „Versorgung von Flüchtlingen Vorbildliches geleistet". Nun müsse es darum gehen, „die Gesprächsfäden zu erhalten". Merkels Motto lautete wie üblich: abwarten.

Das Problem war nur, dass die Parole der Kanzlerin kein großes Gehör fand. Kaum waren ihre Sätze über die Ticker gegangen, setzten deutsche und türkische Politiker eine wütende Spirale aus gegenseitigen Beschimpfungen, Drohungen und Vorwürfen in Gang. Fast schien es, als marschierten Putschisten und Gegenputschisten nun in Ankara sowie in Berlin und Brüssel auf.

Erdogans Außenminister Mevlüt Cavu soglu drohte mit dem Aus für das europäisch-türkische Flüchtlingsabkommen, falls Brüssel nicht bis Oktober die Einreise seiner Landsleute erleichtere. Und auch in der Bundesrepublik suchten viele Politiker die Konfrontation. Arm in Arm verlangten die Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) und Winfried Kretschmann (Grüne), die Beitrittsgespräche der Türkei zur EU auszusetzen. Der Grünen-Parteichef Cem Özdemir forderte Wirtschaftssanktionen. Und die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, die SPD-Politikerin Bärbel Kofler, stellte ebenfalls das Flüchtlingsabkommen infrage. Die EU dürfe nicht „darüber hinwegsehen", sagte sie, dass die Bearbeitung von Asylanträgen in der Türkei „nicht nach rechtsstaatlichen Regeln erfolgt".

Im allgemeinen Getöse aus Ultimaten und Gegenultimaten ging unter, dass besonnene Kräfte in Ankara wie in den Hauptstädten der EU eine ganz andere Melodie anstimmten. Zwar gibt es keinen Grund, Erdogans Wünschen nach Auslieferung vermeintlicher Putschunterstützer nachzukommen oder sein brutales Durchgreifen gegen Oppositionelle zu entschuldigen. Und es gibt gute Argumente, Präsident Erdogan zu ermahnen, zum Rechtsstaat zurückzukehren. Doch in den EU-Ländern wird zugleich davor gewarnt, den Konflikt unnötig anzuheizen. Bis heute, so haben die Experten registriert, hält sich Ankara an das Flüchtlingsabkommen, an dem beide Seiten großes Interesse haben. Die deutschen Sicherheitsbehörden glauben, auf ihre türkischen Partner im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus nicht verzichten zu können. Und was am schwersten wiegt: Selbst viele türkische Oppositionelle und Regime gegner warnen den Westen davor, seine Erdogan-Kritik allzu schrill anzulegen.

Die Istanbuler Politologin Nuray Mert etwa ist unverdächtig, eine Anhängerin des Autokraten vom Bosporus zu sein. Sie hat die Regierung in Essays und Interviews immer wieder kritisiert. 2011 verlor sie ihre Sendung im türkischen Fernsehen, nachdem Erdogan sich über sie beschwert hatte. Und doch nimmt sie den Präsidenten nun, nach dem gescheiterten Putsch vom Juli, gegen übersteigerte Anfeindungen in Schutz: „Ich unterstütze seine Regierung nicht nur gegen jeden Coup, sondern lehne auch die westliche Berichterstattung ab, die ihn als Monster porträtiert." Die Politiker in Europa und den USA hätten zu wenig zur Kenntnis genommen, dass die Mehrheit der Bürger und auch die Opposition vereint gegen den Militäraufstand eingetreten seien, mahnt sie. „Wenn unsere westlichen Freunde die Demokratie in der Türkei unterstützen wollen, dann hätten sie diese allgemeine Anti-Coup- Stimmung fördern sollen." So sehen das viele Oppositionelle. Sie wehren sich gegen Erdogans Versuche, die Demokratie abzuschaffen. Sie verurteilen die Hexenjagd auf mutmaßliche Anhänger des islamistischen Predigers Fethullah Gülen, den die Regierung für den Urheber der Revolte hält. Und doch wünschen sie sich vom Westen in diesen Tagen konstruktive Kritik und mehr Ermunterung. „Was wir jetzt brauchen, sind Geschlossenheit und Versöhnung, nicht noch mehr Hass", sagt der Vorsitzende der prokurdi schen Partei HDP, Selahattin Demirtas. Beobachter fürchten, dass allzu schroffe Urteile aus Europa und Amerika das Land vom Westen entfernen könnten. Schon jetzt macht sich selbst unter liberalen, pro demokratischen Türken eine Stimmung gegen EU und USA breit. Erdogan greift diese Enttäuschung gezielt auf. „Der Westen unterstützt Terrorismus und ergreift Partei für die Putschisten", sagte er am Dienstag gegenüber internationalen Investoren in Ankara. Der ehemalige türkische Diplomat und Vorsitzende des Istanbuler Thinktanks Edam, Sinan Ülgen, wirft den westlichen Politikern ebenfalls vor, den Aufstand nicht klarer verurteilt zu haben. „Dann wäre die Kritik an antidemokratischen Entwicklungen sehr viel glaubwürdiger", sagt er. Die EU müsse nun zeigen, „dass sie die Türkei noch nicht aufgegeben hat".

Doch in Europa gibt es derzeit nur wenige, die auf die türkische Opposition hören. Viele Politiker registrieren die aufgeregten Tiraden Erdogans. Aber sie bemerken nicht, dass sein Poltern eher Zeichen der Schwäche als der Stärke ist.

So war es nicht das erste Mal, dass die türkische Regierung mit dem Ende des Flüchtlingsdeals gedroht hat, sollte Brüssel nicht endlich die Visumpflicht für Türken aufheben. Bereits im Frühjahr gab es ähnliche Warnungen, doch wahrgemacht hat Ankara sie nie. Dagegen tritt die EU in dieser Frage ungewöhnlich geschlossen auf. Solange nicht sämtliche Bedingungen erfüllt sind, so lautet die Brüsseler Position, wird es keine Reisefreiheit geben.

Bis Mitte Oktober soll sich Ankara unter anderem verpflichten, die türkische Anti-Terror-Gesetzgebung mit europäischem Recht in Einklang zu bringen. Doch das ist nach dem Putsch schwer vorstellbar. Der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn plädiert für mehr Geduld im Umgang mit der Türkei. Er rechnet damit, dass sich die Gespräche „noch mindestens bis Ende des Jahres hinziehen" werden. Dass Ankara den Flüchtlingsdeal aufkündigt, hält der Politiker dagegen für unwahrscheinlich. Zu groß ist das Interesse Erdogans an funktionierenden Beziehungen zu Europa.

Der türkischen Wirtschaft droht nach dem Militärcoup der Absturz. Ankara benötigt europäisches Kapital und europäische Touristen, um so bald wie möglich wieder die riesigen Hotelkomplexe an der Ägäis bevölkern zu können. Asselborn ist überzeugt: „Die Regierung kann die sechs Milliarden Euro, die dem Land im Flüchtlingsabkommen bis 2018 zugesagt sind, in der aktuellen Lage gut gebrauchen."

Zudem hat sich Erdogan im Großen und Ganzen an die Absprachen des Vertrags gehalten. Im Juli kamen täglich 6o Flüchtlinge in Griechenland an. Am vergangenen Wochenende waren es 6. Vor dem EU-Türkei Deal erreichten mehr als 1000 Flüchtlinge pro Tag die griechische Küste.

Der Rückgang der Zahlen ist zwar nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass Länder wie Slowenien und Mazedonien die sogenannte Balkanroute geschlossen haben. Doch an einem neuen Feldversuch, bei dem die türkische Küstenwache die Augen schließt, wenn wieder Boote Richtung Westen ablegen, hat weder in Berlin noch in Brüssel jemand Interesse.

Dass die EU beharrlich auf Verhandlungen setzt, hängt auch mit dem Mangel an Alternativen zusammen. Einen ausgearbeiteten Plan B gibt es in Brüssel nicht. Zwar wollen die europäischen Institutionen im September den Ausbau der EU-Agentur Frontex zu einer europäischen Grenz- und Küstenwache endgültig beschließen. Doch ob das reichen würde, wenn die Türkei die Grenzen für Migranten wieder öffnen sollte, ist mehr als fraglich. Aktuell sind in Griechenland für Frontex 632 Beamte aus anderen EU-Ländern im Einsatz, um Pässe zu kontrollieren, Fingerabdrücke zu nehmen und Rückführungen vorzunehmen. Sie stehen unter dem Oberkommando der Griechen, die jedoch schon Schwierigkeiten haben, ihre eigenen Leute zu organisieren. Für einen Plan B brauchten die Griechen viel Hilfe aus Brüssel und den anderen Mitgliedstaaten.

Auch das spricht dafür, die Beziehungen zur Türkei nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Denn auf beiden Seiten arbeiten die Behörden vielfach geräuschlos zusammen, zum Beispiel in der Sicherheitspolitik. Wenn es um den Kampf gegen den „Islamischen Staat" (IS) geht, spielen die Behörden in Ankara eine Schlüsselrolle.

Mehr als 800 Islamisten aus Deutschland sollen inzwischen nach Syrien und in den Irak gereist sein, um sich dem IS oder anderen Terrorgruppen anzuschließen. Und die meisten wählten dafür den Landweg über die Türkei. Während die dortigen Behörden dem Dschihad-Tourismus anfangs nachlässig begegneten, läuft die Zusammenarbeit mit europäischen Nachrichtendiensten nun zumindest punktuell besser. In Sicherheitskreisen heißt es denn auch: „Die Türkei ist ein wichtiger und notwendiger Partner." Man überlege jedoch „in jedem Einzelfall genau, wie weit die Zusammenarbeit gehen kann". Der Aufbau einer gemeinsamen Terrordatei, wie es durch ein Gesetz neuerdings möglich ist, war für die Bundesregierung schon vor dem Putsch kein Thema. Er ist es nun erst recht nicht. Zumal Berlin und Ankara die Frage, wer als Terrorist zu gelten habe, durchaus unterschiedlich beantworten.

Dabei lässt Erdogan nichts unversucht, um die Bundesregierung dazu zu bringen, ihn im Kampf gegen die PKK zu unterstützen. Offenkundig um Berlin unter Druck zu setzen, tönte er, seine Behörden hätten „mehr als 4000" Akten zu gesuchten Terroristen nach Deutschland geschickt, die dort aber ignoriert würden.

Seither rätseln die zuständigen Behörden, was Erdogan meint. Eine Liste mit einer derart großen Zahl an Verdächtigen jedenfalls scheint es nicht zu geben. Auch die Zahl der Auslieferungsersuchen aus der Türkei ist überschaubar. Nach Angaben des Bundesamts für Justiz gingen in diesem Jahr bislang lediglich 33 entsprechende Anträge ein, im gesamten Vorjahr waren es 65. In 14 der 33 Fälle lieferten die Deutschen die Beschuldigten aus. Mehrheitlich, so das Amt, sei es um Körperverletzung, Diebstahl, Drogen- oder Tötungsdelikte gegangen.

Trotz der Irritationen werden die Kontakte gepflegt, so zeigt das Beispiel, aber die Stimmung ist schlecht. Viele Türkei Experten plädieren deshalb für eine neue Balance im Verhältnis zwischen Berlin und Ankara. Es gelte, die demokratischen Kräfte des Landes zu stützen, an wichtigen Gemeinschaftsprojekten festzuhalten und Erdogans Zumutungen überall dort zurückzuweisen, wo es nötig ist. Auf Abgrenzung zu setzen sei aber die falsche Reaktion.

Der SPD-Außenpolitiker Niels Annen etwa hält eine kritische Neuausrichtung für unabdingbar. Zugleich empfiehlt er jedoch, mit der Regierung „im Gespräch zu bleiben", damit Europa nicht ein weiterer Partner und Verbündeter verloren gehe. „Erst der Brexit, dann die Türkei — das wäre eine Katastrophe."



Verbündete Merke!, Erdogan: „Besorgniserregende Entwicklungen"

Horand Knaup, Christoph Pauly, Maximilian Popp, Sven Röbel, Michael Sauga, Jörg Schinder